

**Virginia Statement zur Islamischen Republik Pakistan
von der Religious Liberty Partnership
April 2011**

Als Teilnehmer der Tagung der Religious Liberty Partnership (RLP) in Virginia, USA, rufen wir die weltweite Kirche auf, **für die pakistanische Nation zu beten**. Wir trauern um den Bundesminister Shahbaz Bhatti, der vergangenen Monat auf grausame Weise ermordet wurde, und empfinden diesen Verlust als besonders schmerzlich, da er zu dieser Konferenz als Hauptredner vorgesehen war. Wir rufen insbesondere die christlichen Gemeinschaften, Kirchen und Organisationen weltweit auf, diesen Aufruf zum Gebet für Pakistan an ihre Glieder weiterzuleiten in Anerkennung der Tatsache, dass wir alle eins sind im Leib Christi.

Die RLP erkennt an:

- die Äußerungen von Führungspersonlichkeiten in der ganzen Welt, die alle Glaubensgemeinschaften vertreten und zahlreiche pakistanischen Bürgerrechts- und Menschenrechtsorganisationen einschließen, welche die Gewalt, die in letzter Zeit in Pakistan von religiösen Extremisten geübt wird, scharf verurteilt haben.
- dass die tragische Ermordung des Bundesministers Bhatti am 2. März 2011 sein äußerstes Opfer bedeutet, da er erst kürzlich seine Bereitschaft erklärt hatte, sein Leben auf Spiel zu setzen für sein kompromissloses Festhalten am Einsatz für die Rechte von Minderheiten.
- dass das Eintreten für das Ideal einer pluralistischen Grundlage für das Land, wie sie zuerst von Quaid-e-Azam Mohammed Ali Jinnah proklamiert wurde, auch den Gouverneur von Punjab, Salman Taseer sein Leben kostete. Wir betrauern seinen Tod und bedauern den tragischen Verlust, den der Tod dieses Staatsdieners für das Land bedeutet. Er zahlte den höchsten Preis dafür, dass er für die Wahrheit eintrat, die Gesetze über Gotteslästerung kritisierte und seine Meinung deutlich machte, dass es in dem Gotteslästerungsverfahren gegen die Christin Asia Bibi keine ausreichenden Beweise für eine Verurteilung gab, womit er gleichzeitig für die Rechte einer schutzbedürftigen Mutter von fünf Kindern eintrat.
- die mutigen Aussagen der pakistanischen Koalitionsregierung, die diese sinnlosen Gewaltakte verurteilte. Wir begrüßen die Haltung des Präsidenten Asif Ali Zardari, der erklärte: „Wir werden uns nicht einschüchtern lassen und auch nicht zurückweichen“, wobei er daran erinnerte, dass seine Frau Benazir Bhutto, ebenfalls von Extremisten ermordet wurde.
- dass den Christen und anderen religiösen Minderheiten das Recht gewährt wurde, bei den allgemeinen Wahlen jegliche Kandidaten ihrer Wahl zu wählen und nicht nur die für sie reservierten Sitze, was im März 2008 zum ersten Mal praktiziert wurde und wodurch die separaten Wahlen für Minderheiten wegfielen.
- dass unter der jetzigen Regierung und durch die Arbeit des verstorbenen Shahbaz Bhatti neue Maßnahmen zugunsten religiöser Minderheiten ergriffen wurden, einschließlich einer Fünf-Prozent-Quote für Regierungsposten, vier designierten Sitzen im Senat, eines jährlichen Tags der Minderheiten, Gebetsräumen für Nicht-Muslime in Gefängnissen und einer nationalen Hilfstelefonen in Verbindung mit dem Ministerium für Minderheiten.
- dass Pakistan im Juni 2010 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) der Vereinten Nationen ratifiziert hat. Wir möchten Mut machen zu dessen vollständiger Umsetzung ohne wesentliche Vorbehalte.
- dass Pakistan, nach über einem Jahrzehnt in führender Rolle bei Bemühungen der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) Resolutionen gegen „Diffamierung von Religionen“ bei den Vereinten Nationen durchzusetzen, nun im März 2011, während der 16. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats, diese Agenda zugunsten einer Resolution zurückgestellt hat, die mit internationalen Rechtsnormen für Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit im Einklang steht.

- dass die Kirche in Pakistan beim interreligiösen Dialog und bei der Förderung des Friedens zwischen den Religionsgemeinschaften eine entscheidende Rolle gespielt hat.
- dass die weltweite sowie die pakistanische Kirche, wie auch mehrere Diözesen der Church of Pakistan großzügige humanitäre Hilfe, Unterstützung von Obdachlosen und praktische Hilfe für die Opfer der jüngsten Naturkatastrophen in verschiedenen Teilen Pakistans geleistet hat.
- die historische Rolle der Kirchen in Pakistan bei der Bereitstellung qualitativ hochwertiger Bildungsprogramme und Gesundheitsdienste, einschließlich kirchlich verwalteter Schulen (im Gegensatz zu verstaatlichten Schulen).

Die RLP bringt folgende Bedenken zum Ausdruck:

- dass Pakistan ein Epizentrum religiöser Intoleranz und religiös motivierter Gewalt in der Region und darüber hinaus geworden ist und dass Hunderte pakistanischer Bürger durch Terrorakte umgebracht wurden.
- dass institutionalisierte Diskriminierung im Regierungsapparat verankert ist, wodurch Nicht-Muslime offen diskriminiert und religiöse Praktiken im Land eingeschränkt werden; dass Nicht-Muslime durch eine Anzahl von Bestimmungen in der gegenwärtigen Verfassung Pakistans, den Hudood-Verordnungen, einige Bestimmungen des pakistanischen Strafgesetzes (PPC) und verschiedene rechtliche und soziale Strukturen offen als Bürger zweiter Klasse behandelt werden.
- dass Christen und andere Minderheiten (einschließlich der Ahmadis) in praktisch jedem Lebensbereich diskriminiert werden. Sie sind quasi schutzlos gegenüber unrechtmäßigen Klagen vor Zivilgerichten und vor religiösen Gerichten, da Zeugenaussagen diskriminierend bewertet werden und ihnen bei falschen Klagen kein Rechtsweg offensteht.
- dass jedes Jahr 40-50 pakistanischen Bürgern aller Glaubensrichtungen unter Bezugnahme auf Paragraph 295A, B und C des Pakistanischen Strafgesetzes Gotteslästerung zur Last gelegt wird, wie folgende stark beachteten Beispiele zeigen: Asia Bibi, wurde im November 2010 verurteilt, der muslimische Vorbeter Mohammed Shafi und sein Sohn wurden im Januar 2011 wegen Gotteslästerung verurteilt und der Christ Qamar David wurde in seiner Gefängniszelle nach fünf Jahren Haft tot aufgefunden.
- die fortgesetzte Straflosigkeit all derer, die für die antichristlichen Ausschreitungen verantwortlich sind, die 2009 in den Städten Korian und Gojra verübt wurden.
- dass immer größere Zahlen von Christen gezwungen werden, sich zu verstecken oder aus Pakistan zu fliehen, da die Situation sich verschlechtert; und dass dies die Schutzlosigkeit der Gemeinschaft weiter verstärkt.

Die RLP fordert die pakistanischen Behörden auf:

- eine gerichtliche Untersuchung der Morde an Shahbaz Bhatti und Salman Taseer durchzuführen und den entsprechenden Bericht herauszugeben und zu veröffentlichen, vorhergehende Untersuchungsberichte über antichristliche Gewalt herauszugeben und zu veröffentlichen und entsprechenden früheren Aufforderungen der Bundesregierung Pakistans an die Regierung der Provinz Punjab Nachdruck zu verleihen.
- im Gedenken an die Prinzipien, die der ermordete Bundesminister vertrat, auf die Abschaffung der Gotteslästerungsgesetze hin zu arbeiten, und bis diese abgeschafft sind, zügige Maßnahmen zu verabschieden und zu ergreifen, um den Missbrauch dieser Gesetze zu verhindern, wie zum Beispiel Verfahrens- und Beweisschutz für die Angeklagten, Berücksichtigung der Frage der Vorsätzlichkeit, Strafen für falsche Anklage sowie Unterstützung und Schutz all derer, die die Opfer der Gotteslästerungsgesetze verteidigen oder unterstützen. Alle Gesetzgebung und Bestimmungen innerhalb der Verfassung zu widerrufen, die Minderheiten diskriminieren, und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Gleichheit aller Pakistanis sicherzustellen.

- die Anzahl der für Minderheiten reservierten Sitze innerhalb der Nationalversammlung und der Landtage proportional zur Zunahme der Gesamtzahl der Sitze im Parlament seit 1947 zu erhöhen, ohne dabei die Wahlrechte der Minderheiten zu verringern.
- alle verstaatlichten Bildungseinrichtungen ihren früheren kirchlichen Betreibern zurückzugeben, vor allem das Murray College in Sialkot, das Gordon College in Rawalpindi und das Edwardes College in Peshawar und nicht-muslimischen Schülern die Möglichkeit zu geben, in ihrem eigenen Glauben unterrichtet zu werden, anstatt zur Teilnahme am Islamunterricht gezwungen zu sein.
- unverzüglich die Vorbehalte Pakistans gegenüber dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) zurückzunehmen.
- Internationale Maßstäbe der Nichtdiskriminierung aufgrund von Rasse, Religion oder Geschlecht gemäß Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des ICCPR und anderer Konventionen der Vereinten Nationen umzusetzen.
- das 2010 von der Nationalversammlung erlassene 18. Amendment, nach der 5% aller Arbeitsstellen in Regierungsbehörden für Nicht-Muslime reserviert werden müssen, umzusetzen.
- eine Bildungsreform durchzuführen, unter besonderer Berücksichtigung der Vermeidung von Diskriminierung in den Schulen, einschließlich der Madrassas und in den Schulbüchern des nationalen Lehrplans; das Bildungssystem dahingehend zu reformieren, dass jedem Kind eine staatlich geförderte Bildung ermöglicht wird.
- Fernseh- und Radioprogramme zu fördern, die für Toleranz und Gleichstellung aller Minderheiten innerhalb der Gesellschaft werben.

Die RLP ruft die internationale Gemeinschaft auf:

- die Regierung Pakistans bei der Erfüllung ihrer Menschenrechtsverpflichtungen nach internationalem Recht und im langfristigen Kampf gegen Terrorismus und extremistische Ideologien innerhalb der Grenzen Pakistans zu unterstützen.
- den Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge sowie die mit der Umsiedlung von Flüchtlingen befassten Parteien zu drängen, innerhalb von Pakistan gefährdete Christen als Flüchtlinge anzuerkennen und die Beweislast für die Berechtigung zur Flüchtlingsumsiedlung zu verringern. Die Fälle von Angehörigen pakistanischer Minderheiten, die nach Sri Lanka, Malaysia und in andere Länder geflüchtet sind und dort als Flüchtlinge anerkannt werden wollen, sollten zügig und ohne Diskriminierung überprüft werden.
- Militärhilfe für Pakistan von der allgemeinen Menschenrechtssituation in Pakistan abhängig zu machen.

Die RLP ruft Christen und Nichtchristen in der pakistanischen Diaspora auf:

- Ihre eigene Freiheit in den Ländern, in denen sie Zuflucht gefunden haben, dazu zu nutzen, sich gemeinsam und in Einigkeit für diejenigen einzusetzen, die keine Religionsfreiheit haben.
- mit Anwalts- und Bürgervereinen in Pakistan zusammenzuarbeiten, um Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Gesetzesreformen anzustreben.

Die RLP ruft die Kirche weltweit auf:

- sich gemeinsam für die Förderung der Einigkeit unter den pakistanischen Kirchen einzusetzen;
- den Dialog zwischen den Glaubensgemeinschaften zu fördern, sich daran zu beteiligen und diesen mit Mitteln zu unterstützen.
- die Kirche in Pakistans dazu aufzufordern und dabei zu unterstützen, weiterhin ausgezeichnete Bildungs- und Gesundheitsprogramme zur Verfügung zu stellen, Lehrer

zum Unterrichten zu motivieren und Pakistanis mit höherer Bildung zu ermutigen, Lehrberufe zu ergreifen, wodurch gegenseitiger Respekt und Toleranz gefördert werden.

- gemeinsam zu handeln, koordiniert für Pakistan zu beten, und gemeinsame Grundlagen zum Gebet und kreative Wege zum Dienst zu finden.
- christliche Medien zu unterstützen und die Ausbildung von Führungskräften zu betreiben.
- bei öffentlichen Kommentaren und Handlungen bezüglich Pakistan Vorsicht walten zu lassen, um eventuelle negativen Auswirkungen auf die Christen in Pakistan nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die RLP verpflichtet sich:

- alle unsere Unterstützer, einschließlich der pakistanischen Diaspora und der weltweiten Kirche aufzurufen, für die pakistanische Kirche in der Fürbitte einzutreten, die sich bemüht, in Christus ähnlicher Weise auf Verletzungen der Religionsfreiheit zu reagieren.
- Die Not des pakistanischen Volkes unseren Unterstützern nahe zu bringen und Anliegen wie Recht und Gleichheit bei unseren eigenen Regierungen zur Sprache zu bringen.

Mitglieder der Religious Liberty Partnership (RLP)

(Sowie deren Hauptsitz und Internetseiten, die zum Teil Gebetsnachrichten und weitere Informationen zum Thema enthalten. Einige Mitglieder wollten nicht öffentlich genannt werden.)

- Advocates International, USA: www.AdvocatesInternational.org
- All India Christian Council, INDIA: www.ChristianCouncil.in
- China Aid, USA: www.ChinaAid.org
- Christian Solidarity Worldwide, HONG KONG: www.csw.org.hk
- Christian Solidarity Worldwide, NIGERIA: www.cswng.org
- Christian Solidarity Worldwide, UNITED KINGDOM: www.csw.org.uk
- Danish European Mission, DENMARK: www.daneu.dk
- Friends of the Martyred Church, FINLAND: www.martyredchurch.net
- HMK, SWITZERLAND: www.hmk-aem.ch
- HMK – Hilfe für Verfolgte Christen, GERMANY: www.verfolgte-christen.org
- International Christian Concern, USA: www.persecution.org
- International Institute for Religious Freedom, GERMANY, SOUTH AFRICA, SRI LANKA: www.iirf.eu
- Jubilee Campaign, USA: www.JubileeCampaign.org
- Law and Liberty Trust, USA: <http://lawandlibertytrust.org>
- Light for the Peoples, SWEDEN: www.ljusiooster.org
- Norwegian Mission to the East, NORWAY: www.nmio.no
- Middle East Concern, MIDDLE EAST: www.meconcern.org
- Open Doors International, THE NETHERLANDS: www.opendoors.org
- Open Doors, UK & IRELAND: www.opendoorsuk.org
- Open Doors, USA: www.opendoorsusa.org
- Release International, UNITED KINGDOM: www.releaseinternational.org
- Rule of Law Institute, BULGARIA: www.ruleoflawinstitute.bg
- Seoul USA: <http://seoulusa.org/>
- Set My People Free, EGYPT: <http://freedom2worship.org>
- The Voice of the Martyrs, CANADA: www.persecution.net
- World Evangelical Alliance Religious Liberty Commission, GLOBAL: www.worldevangelicals.org/commissions/rlc

Die Religious Liberty Partnership (RLP, Partnerschaft für Religionsfreiheit) ist ein Netzwerk christlicher Organisationen weltweit, die sich auf Religionsfreiheit konzentrieren. Die RLP bemüht sich um eine zunehmende und absichtliche Zusammenarbeit im Eintreten für verfolgte Christen und die Bewusstseinsbildung über religiöse Verfolgung weltweit. Die Mitglieder der RLP sind substantiell (im Blick auf Zeit, Ressourcen und Personal) mit dem Dienst an verfolgten Christen und/ oder Fragen der Religionsfreiheit beschäftigt, in jeglichen Kontexten und mit jeglicher Strategie. Weitere Auskünfte über das Pakistan Statement oder die Religious Liberty Partnership erteilt Brian O'Connell, der Koordinator der RLP: Brian@REACTServices.com; +1 425-218-4718.

Übersetzung ins Deutsche durch Barbara Felgendreher und Dr. Christof Sauer, Internationales Institut für Religionsfreiheit, www.iirf.eu